



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



## DR. MONIKA WULF-MATHIES

Mitglied der Europäischen Kommission, Brüssel

DAS EUROPÄISCHE MODELL IM INTERNATIONALEN  
WETTBEWERB

VORTRAG AM ÜBERSEETAG, 7. MAI 1996



Herr Erster Bürgermeister! Herr Dr. Kruse!

Meine Damen und Herren!

Es macht ja fast ein wenig verlegen, wenn die Rede, die ich hier halte, mit der Historie des Übersee-Clubs in Verbindung gebracht wird. Ich hoffe, daß ich zumindest einen Teil Ihrer hochgespannten Erwartungen erfüllen kann. Ich bedanke mich zunächst einmal sehr herzlich für die Gelegenheit, anlässlich des Übersee-Tages zur Diskussion über die Zukunft des Standortes Deutschland die europäische Sicht beisteuern zu können.

Es scheint einem gewissen deutschen Hang zum Masochismus zu entsprechen, daß man sich hierzulande immer wieder den Untergang des Abendlandes bescheinigt, die Eurosklerose beschwört und gebannt auf die Heilslehrer anderer schaut.

„Nehmt euch ein Beispiel an uns“, rät da die amerikanische Geschäftswelt in einer Überschrift der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Und der Autor des Artikels konstatiert gleich zu Beginn den „Abstieg Deutschlands von dem einst allseits bewunderten Wirtschaftswunderland und Exportweltmeister zum trägen Sozialstaat mit den höchsten Arbeitskosten, den kürzesten Arbeitszeiten, den längsten Ferien, dem höchsten Krankenstand und den ältesten Studenten“. Sie kennen das alles, und es ist nicht alles falsch.

In die gleiche Kerbe trifft das amerikanische Nachrichtenmagazin Newsweek, das in einer Titelgeschichte zur „deutschen Krankheit“ den „Rest Europas“ dabei beobachtet, wie er angesichts steigender Arbeitslosigkeit und einer dahinsiechenden Konjunktur das früher vorbildhafte deutsche Modell „sehr ängstlich“ beäugt. Der Spiegel diagnostiziert schlicht, Europa sei krank, und die Schlußfolgerung der F.A.Z., in eine rhetorische Frage gekleidet, gipfelt in der Feststellung, das europäische Modell sei gescheitert. Meine Damen und Herren! Selbstverständlich verkürzen Zeitungsüberschriften. Aber diese willkürlich herausgegriffenen Schlagzeilen der vergangenen Wochen und Monate verdeutlichen, daß momentan in der Öffentlichkeit „Europa“ oder „das europäische Modell“ mit negativen Schlagworten wie „Scheitern“, „Krankheit“ und „Angst“ in Zusammenhang gebracht wird. Nun entspringt es schon einfacher Weisheit, daß Angst ein schlechter Ratgeber ist und daß Totgesagte länger leben. Ein wenig mehr Gelassenheit und vielleicht auch ein bißchen weniger Endzeitstimmung waren deshalb in jedem Fall angebracht.

Worauf es aber vor allem ankommt, ist nicht nur eine kritische und umfassende Analyse unserer gegenwärtigen Wettbewerbsschwäche – ich denke, inzwischen gibt es eine Fülle auch sehr zutreffender davon –, sondern auch eine klare Definition dessen, was das besondere Kennzeichen des „Modells Europa“ darstellt, was wir gemeinsam davon für erhaltenswert halten und wie wir seine Zukunftsoptionen betrachten.

Ich möchte darauf verzichten, heute abend die sattsam bekannten Ursachen für die Strukturprobleme, die ich sehr plakativ aus mehreren Zeitungen zitiert habe, zu wiederholen und statt dessen versuchen, die Grundlagen des europäischen Modells zu verdeutlichen und europäische Wege zur Krisenbekämpfung aufzuzeigen – eingedenk der Tatsache, die uns Herr Voscherau ins Gedächtnis gerufen hat: daß wir in diesem Europa engagiert – sehr viel engagierter als in der Vergangenheit – den gemeinsamen Weg suchen und finden müssen.

Unser Gesellschaftsmodell, aber auch die europäische Integration scheinen vielen inzwischen so selbstverständlich, daß sie ihre Vorteile als unverrückbaren Besitz und kaum als Ergebnis bewußter politischer Entscheidungen betrachten, dessen dauerhafte Sicherung keineswegs im Selbstlauf funktioniert, sondern aktiv gestaltet werden muß. Nicht jeder, der uns die Übernahme des amerikanischen oder japanischen Modells empfiehlt, weist mit der notwendigen Redlichkeit darauf hin, daß auch die USA und Japan von denselben ökonomischen Schwächen befallen waren – zum Teil noch befallen sind –, die jetzt ganz Westeuropa heimsuchen. Schon gar nicht wird deutlich gemacht, daß man nicht nur die Vorteile derartiger Problemlösungen importieren kann, sondern daß die Kopie auch ein anderes Sozial- und Gesellschaftsmodell beinhaltet.

Ich will jetzt nicht philosophisch über den Wert dieser Gesellschaftsmodelle im Vergleich sprechen, sondern nur darauf hinweisen, daß zumindest der Kontext, in dem wir uns bewegen, und das heißt auch das europäische Modell der „sozialen Marktwirtschaft“, gerade deshalb so erfolgreich war, weil es im Gegensatz zur klassisch-neoliberalen freien Marktwirtschaft versucht, negative Auswirkungen des Marktes durch eine staatliche Wettbewerbsordnung, durch Umweltvorschriften und soziale Sicherungssysteme abzufedern und dadurch seine Effizienz zu steigern. Ich denke, diese Probleme gibt es neben den aktuell aufgezeichneten auch weiterhin.

In der Präambel des Vertrages über die Europäische Union von 1992 bekennen sich die Mitgliedstaaten zur Solidarität zwischen den Völkern, zum Ziel der Konvergenz ihrer Volkswirtschaften, zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts im Rahmen der Stärkung des Binnenmarktes und des wirtschaftlichen Zusammenhalts, zum Ziel der Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie zum Grundsatz der Subsidiarität. Ich weiß, daß man zu dieser Subsidiarität, besonders im Angesicht eines deutschen Landeschefs, jedesmal einen ganz besonders heiligen Eid abzulegen hat, gerade wenn man für dieses Europa und dessen Integration arbeitet.

Das europäische Modell gründet sich auf „gemeinsame Wertvorstellungen, die die Grundwerte der Demokratie – Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit – mit den Prinzipien der Marktwirtschaft, der Solidarität und des Zusammenhalts verbinden“.

So formuliert es die Europäische Kommission in ihrer Stellungnahme zur Regierungskonferenz 1996 und beschreibt damit den Balanceakt zwischen marktwirtschaftlichem Wettbewerb und sozialer Sicherheit. Von diesem Balanceakt und von der Notwendigkeit, diesen Balanceakt auch in Zukunft mit Erfolg zu versuchen, liest, hört und sieht man in vielen der Diskussionen, die heute in Europa stattfinden, nicht immer Ausreichendes.

Trotzdem: Es ist offenkundig, daß wir mit diesem Balanceakt, sowohl mit der Wettbewerbsfähigkeit wie auch mit der Sicherung unseres Sozialsystems, aus dem Tritt geraten sind. Wenn heute 11 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung in der Gemeinschaft, aber nur 5,7 Prozent in den USA und 3,5 Prozent in Japan arbeitslos sind, dann bedarf es der schonungslosen Analyse dessen, was wir falsch gemacht haben. Dann hat es auch Sinn, über den Teich zu blicken und nach Vorbildern zu suchen, allerdings ohne zu verschweigen, daß zum Beispiel in den USA praktisch kein Kündigungsschutz, keine umfassende Absicherung gegen Krankheit, kein gesetzlicher Mutterschutz bestehen und daß wachsende Armut eines Teils der erwerbstätigen Bevölkerung die amerikanische Gesellschaft in einen Erosionsprozeß bringt.

Wenn wir das europäische Modell, wenn wir den sozialen Konsens bewahren wollen, bleibt uns nichts anderes, als gute Beispiele, die es in den USA, in Japan, in vielen anderen Ländern inzwischen gibt, mit einem eigenen Policy-mix zu verbinden, der eine Expansion der Beschäftigung nicht über eine massive Senkung der Reallöhne und über Eingriffe in die Substanz – ich sage ausdrücklich: die Substanz – der sozialen Sicherung anstrebt. Betrachtet man die langfristige Entwicklung der Löhne und der Produktivität in der EU und in den USA und Japan, dann kann man erkennen, daß dies auch durchaus möglich ist. Denn nach Berechnungen der OECD sind die realen Lohnstückkosten in der Europäischen Union und in Deutschland deutlich stärker gefallen, nämlich um 10 Prozent, als in den USA, wo sie stabil geblieben sind, und in Japan, wo sie um knapp 5 Prozent gefallen sind. Das gesamteuropäische Thema „Lohnnebenkosten“ lasse ich im Augenblick beiseite. Während die Lohnquote in Deutschland und Europa deutlich gesunken ist, stieg die Gewinnquote um mehr als ein Viertel. Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie hat von der Öffnung dieser Schere nicht in gleichem Maße profitiert – ein Zeichen dafür, daß wir offenbar kein reines Lohnproblem haben, sondern daß andere Schwächen hinzukommen: So zum Beispiel – ich will es nur sehr knapp und plakativ darstellen – der deutsche Hang zum „over-engineering“, eine Vernachlässigung von Kommunikation und Kundenorientierung, noch immer zu hierarchisch organisierte Produktionsabläufe, aber auch nationale Abschottung und mangelnde europäische Koordinierung oder, besser gesagt, mangelnde europäische Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren! Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit erschüttert die Grundfesten des europäischen Gesellschaftsmodells, sie gefährdet aber auch den Standort Europa. Die Angst vor Sozialabbau und Arbeitslosigkeit droht unsere Gesellschaften zu spalten. Sie schwächt das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in demokratische Steuerungsprozesse, in die Glaubwürdigkeit der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger – auf nationaler wie auf europäischer Ebene. Ich denke, dazu wurde eben von dem Herrn Bürgermeister schon einiges, was die psychische Wahrnehmungsebene vieler betrifft, gesagt. Unsicherheit und Skepsis lassen auch öffentliche Zweifel am „Mehrwert“ der wirtschaftlichen und währungs-politischen Integration lauter werden. Lassen Sie mich deshalb einigen beliebten Fehldeutungen von vornherein entgegentreten: Wenn immer mehr Länder in Europa versuchen, ihre Haushaltsprobleme in den Griff zu bekommen, dann tun sie das nicht, weil sie einem europäischen „Phantom“, nämlich dem Beginn der dritten Stufe der Währungsunion 1999, nachlaufen, sondern in ihrem ureigensten Interesse. Die meisten Mitgliedstaaten sind nämlich auf dem besten Wege, ökonomisch und politisch handlungsunfähig zu werden. Auch dies wurde eben von Herrn Voscherau aus der Sicht eines Bundeslandes dargestellt.

Auch der Vorwurf, die Währungsunion verhindere sinnvolle Beschäftigungsmaßnahmen, ist so nicht richtig. Nur stabile Volkswirtschaften können auf Dauer auch eine wirksame Sozial- und Beschäftigungspolitik betreiben. Wer Kredite aufnimmt,

um die Zinslast für Staatsschulden begleichen zu können, kann diese Mittel, einfach gesagt, nicht für Beschäftigungsprogramme verwenden. Es ist deshalb falsch, Stabilitätspolitik und Beschäftigung gegeneinander auszuspielen. Die strukturellen Anpassungsprozesse und die Finanzierungsprobleme der Sozialversicherungen, denen sich fast alle europäischen Staaten ausgesetzt sehen, sind keine Folge des europäischen Binnenmarktes oder der bevorstehenden Währungsunion, wie das in Deutschland in der politischen Diskussion immer gern behauptet wird.

Auch die Internationalisierung der Finanz- und Warenmärkte – das wissen Sie hier sicher am besten – ist keine Erfindung von Maastricht. Was wir deshalb brauchen, ist weder ein Ausstieg aus der Währungsunion noch ein Rückzug in die nationale Idylle, sondern den Willen, Europa wieder neu als Chance und Schicksalsgemeinschaft im weltweiten Wettbewerb zu begreifen. Gegenüber den USA, Japan, Südostasien und auch gegenüber unseren neuen Wettbewerbern in Osteuropa werden wir nur bestehen können, wenn wir im europäischen Verbund Innovation und Effizienz steigern und Solidarität neu beleben.

Keine der europäischen Volkswirtschaften ist stark genug, allein den Strukturwandel sozial zu gestalten, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen und europäische Sozial- und Umweltstandards zu garantieren. Aber gemeinsam ist es möglich, Wettbewerbsfähigkeit und Sozialdistanz zu stärken. Auch wenn die Zuständigkeit für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik im wesentlichen bei den Mitgliedstaaten liegt, muß es eine gemeinsame Verantwortung geben, die Währungsgemeinschaft zu einer Wachstums- und Beschäftigungsgemeinschaft auszubauen.

Die Währungsunion muß ein Pakt für Stabilität und Beschäftigung sein, der eine Stärkung der Stabilitätskultur ebenso ermöglicht wie ein gezieltes antizyklisches Verhalten, wenn zum Beispiel die Vollbeschäftigung gefährdet ist. Ich halte deshalb nichts davon, daß in der deutschen politischen Auseinandersetzung jeweils die eine die andere Seite entweder mit dem Stabilitätsargument oder mit dem Beschäftigungsargument zu übertreffen versucht. Wir brauchen beides, wenn wir auf Dauer eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik machen wollen. Jeder muß wissen, daß Massenarbeitslosigkeit nicht nur ein ganz wesentliches Problem für die Haushaltssolidarität und die Stabilitätspolitik ist, sondern auch das freiheitliche, demokratische und soziale Gesellschaftssystem gefährdet.

Wir brauchen deshalb die Verankerung des Beschäftigungsziels, des Sozialprotokolls und grundlegender Menschen- und Bürgerrechte im EU-Vertrag, so wie es die Kommission von der Regierungskonferenz fordert. Aber nicht nur die Verankerung im Vertrag ist wichtig – wie wir auch aus sehr guten Paragraphen der deutschen Verfassung wissen –, sondern es geht vor allen Dingen um den gemeinsamen Willen, daraus praktische Konsequenzen zu ziehen.

Wir brauchen eine engere wirtschafts- und beschäftigungspolitische Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Eine ständige Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialminister, eine Intensivierung des europäischen sozialen Dialogs und ein verstärkter wirtschaftspolitischer Austausch aller gesellschaftlichen Akteure könnten erste Ansätze für einen europäischen wirtschaftspolitischen Strategiedialog sein. Die jüngsten Protestbewegungen in Paris haben gezeigt, daß wir diesen Dialog bisher nicht ausreichend geführt haben. Wenn immer mehr Menschen glauben, Maastricht gefährde den Sozialstaat, müssen wir deutlich machen, daß es Ziel der gesellschaftlichen Politik – auch der Stabilitätspolitik – ist, das europäische Modell durch Reformen für das Jahr 2000 witterfest zu machen, aber nicht, es abzureißen.

Dabei gilt es, auch in Zukunft, unsere Stärken als Wettbewerbsvorteil einzusetzen: Denn funktionsfähige Städte und eine ausgewogene Regionalstruktur, soziale Stabilität und ein ausgebautes Bildungssystem sowie ausgeprägte Umweltschutznormen sind nicht nur Kosten, sondern nach wie vor eine grundlegende Voraussetzung für wirtschaftliche Effizienz und Innovationsbereitschaft.

Es muß deshalb in erster Linie darum gehen, das Vertrauen in die Substanz des europäischen Modells, das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen und das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der makroökonomischen Ziele der Union, einschließlich der Währungsunion und der Beschäftigungspolitik, wiederherzustellen.

Wir brauchen ein gemeinsames mittelfristiges Stabilitäts- und Beschäftigungsprogramm, das diese Ziele voranbringt. Damit meine ich nicht, daß dieses alles von der Europäischen Kommission allein administriert werden muß. Vielmehr muß es darum gehen, daß ein jeder das, was wir in den Mitgliedstaaten und in Europa gemeinsam für notwendig halten, in seinem Bereich, das heißt in der Region, intensiver als bisher anzuschließen versucht. Dazu gehören für Europa insgesamt eine weitere Senkung der Realzinsen, eine Investitionspolitik der Unternehmen, die die Kapazitäten erweitert, eine angepaßte Lohnentwicklung und eine schrittweise und sozial ausgewogene Haushaltskonsolidierung.

Natürlich kann man in Europa nationale Bündnisse für Arbeit nicht ersetzen. Aber gerade wenn nationale Gesprächsfäden abzureißen drohen, ist es wichtig festzuhalten, daß die europäischen Sozialpartner bereit sind, an der Erneuerung und nicht am Abbruch des europäischen Modells mitzuwirken. Bei der ersten Gesprächsrunde zum sogenannten Vertrauenspakt für mehr Beschäftigung, zu der Präsident Santer die Sozialpartner am 29. April eingeladen hatte, gab es – zwischen beiden Sozialpartnern, wohlgemerkt – breite Übereinstimmung darüber, daß die Stabilitätspolitik fortgesetzt, die Entwicklung des Binnenmarktes weiter vorangetrieben, die beschäftigungspolitischen Maßnahmen beschleunigt und die makroökonomische Politik beschäftigungsfreundlicher gestaltet werden müssen – dazu gehören der verstärkte Ausbau der transeuropäischen Netze sowie die Impulse für Forschung, Entwicklung und Qualifikation. Es gab auch Konsens darüber, daß im Bereich der sozialen Sicherung Handlungsbedarf besteht. Aber man war sich auch einig, daß die notwendige Flexibilisierung neue Sicherungen und neue Standards erfordert, die Veränderungsbereitschaft und Kreativität fördern.

Lassen Sie es mich einmal so formulieren: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wissen sehr wohl, daß sie die Vergangenheit nicht einfach in die Zukunft fortschreiben können, zumal, wenn die sozialen Sicherungssysteme durch demographische Entwicklungen und verändertes Erwerbsverhalten, vor allem aber durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, extrem belastet werden.

Aber sie brauchen das Vertrauen, daß sie nicht zum Spielball willkürlicher Marktreaktionen werden, sondern daß steigende Mobilität, die von ihnen verlangt wird, sozial abgedeckt wird, daß Liberalisierung und öffentliche Daseinsvorsorge, Währungsunion und Beschäftigung auch künftig keine unversöhnlichen Gegensätze werden, sondern zwei Seiten derselben Medaille bleiben.

Eine Gesellschaft, die auf Leistung setzt und soziale Gerechtigkeit zu einem integralen Bestandteil der Wettbewerbsfähigkeit macht, muß alle Akteure zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mobilisieren. Sie muß vor allem Innovationsdynamik freisetzen, damit Europa im Wettbewerb um Produkt- und Verfahrensinnovationen endlich wieder führend wird. Reine Kostensenkungsstrategien sind zwar aus Wettbewerbsgründen in einigen Sektoren – nicht in allen, in denen sie gemacht werden – unumgänglich, anzupassen, aber – und auch das ist wichtig – ohne unseren Wettbewerbsvorteil einer ausgebauten Infrastruktur dabei aufzugeben.

Es gilt, sowohl die Grundlagen für Privatinvestitionen und die Wettbewerbsfähigkeit privater Unternehmen durch eine moderne Infrastruktur zu verbessern und neue Formen von „public private partnership“ zu entwickeln, als auch Marktversagen auf der einen und Defizite im Bereich der Daseinsvorsorge auf der anderen Seite durch Grundsätze zur Sicherung von Zugangsbedingungen und Qualitätsstandards für öffentliche wie für private Unternehmen auszugleichen. Der Versuch, im Bereich der Telekommunikation erstmals das, was man „universal service“ nennt, also die im öffentlichen Interesse liegenden Dienstleistungen zu definieren, ist ein Beispiel für das Vorgehen, darauf zu achten, daß Bürger die EU nicht nur als Instrument zur Deregulierung und Liberalisierung sehen, sondern daß sie das Gleichgewicht zwischen der stärkeren Wettbewerbsorientierung und den notwendigen Garantien für Daseinsvorsorge jeweils in der Balance wiederfinden können.

Die Währungsunion ist nicht nur entscheidend für das Funktionieren des Binnenmarktes, weil durch sie viele der Unsicherheitsfaktoren beseitigt werden, die Freizügigkeit und freien Kapital-, Waren- und Dienstleistungsverkehr zur Zeit noch behindern. Sie ist auch nötig, damit Europa besser als bisher auf die Gestaltung des

Internationalen Währungssystems einwirken kann. Der EURO kann, anders als die D-Mark, als neue internationale Leitwährung zum Gleichgewicht des Internationalen Währungssystems beitragen und der Europäischen Union auch in der monetären Politik den Einfluß ermöglichen, der ihrer wirtschaftlichen Stärke entspricht. Kurzfristig – das wissen wir alle – muß es vor allem darum gehen, der nationalen Ohnmacht gegenüber den internationalen Finanzmärkten europäische Handlungskonzepte entgegenzusetzen, indem multilaterale Überwachungsverfahren verstärkt und neue Krisenverhütungsmechanismen geschaffen werden, die spekulative Wechselkursschwankungen eindämmen. Langfristig bedarf es institutioneller Reformen, um eine intensivere internationale Zusammenarbeit zu erreichen und eine stärkere makroökonomische Koordinierung voranzutreiben. Auch hier kämpfen einzelne Staaten auf verlorenem Posten.

Meine Damen und Herren! Verstärkter Wettbewerbsdruck ist nicht in erster Linie eine Konsequenz des Binnenmarktes, sondern Folge der zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft und der Beseitigung weltweiter Handelshemmisse durch die Uruguay-Runde. Es liegt auch und gerade im deutschen Interesse, wenn die Europäische Union in die Lage versetzt wird – sie ist es heute nicht ausreichend –, ihr Gewicht als größte Handelsmacht der Welt einzusetzen, um sicherzustellen, daß unsere Handelspartner ihre im Rahmen der Uruguay-Runde eingegangenen Verpflichtungen auch erfüllen. In enger Zusammenarbeit mit der europäischen Wirtschaft arbeitet die Kommission daran, bestehende Regelungs- und Umsetzungsdefizite zu identifizieren und zu beseitigen.

Plötzlich kommen nämlich allerlei Defizite, allerlei Handelshemmisse, die zwar offiziell nicht als solche gekennzeichnet sind, die aber der Wirtschaft im internationalen Handel ungeheure Probleme bereiten, zum Vorschein. Es geht darum, die Präsenz europäischer Unternehmen auf Drittmarkten zu sichern, damit Liberalisierung nicht zur Einbahnstraße wird – die bei uns nur Arbeitsplätze kostet –, sondern neue Chancen und neue Märkte für europäische Unternehmen öffnet. Deshalb verhandeln wir im Rahmen der OECD und in der WTO über ein neues multilaterales Übereinkommen über Investitionen; deshalb streben wir Fortschritte im Bereich internationaler Wettbewerbsregeln an, damit Unternehmen aus Ländern ohne strenge Kartellregelungen keine ungerechtfertigten Handelsvorteile genießen. Deshalb brauchen wir neue, einheitliche, international verbindliche Regeln, die eine Berücksichtigung des Umweltschutzes erlauben, ohne deshalb einem „grünen Protektionismus“ Vorschub zu leisten.

Der Sicherung des europäischen Modells im weltweiten Wettbewerb dient auch unser Engagement zur Beachtung international anerkannter Arbeitsnormen. Die Europäische Union wird sich dafür einsetzen, daß Sozialklauseln auf der Tagesordnung der ersten WTO-Ministerkonferenz Ende des Jahres in Singapur stehen. Es muß klar sein, daß wir unsere Wertvorstellungen, aber auch unser europäisches Modell – das durchaus mit Kosten verbunden ist – nicht an der Außengrenze abgeben, sondern daß die Union die soziale Dimension auch in ihren Beziehungen zu Drittstaaten berücksichtigt.

Die Achtung von demokratischen Grundsätzen und Menschenrechten ist bereits ein wesentlicher Bestandteil aller vertraglichen Außenbeziehungen der Union. Die Europäische Union wird in Singapur klarstellen, daß es ihr nicht darum geht, den Entwicklungsländern ihre durch billige Arbeitskräfte bedingten komparativen Vorteile zu nehmen. Aber Praktiken, die gegen grundlegende soziale Rechte verstößen, wie zum Beispiel die Unterdrückung der Meinungsfreiheit und der Koalitionsfreiheit oder der Einsatz von Zwangsarbeit, sind mit einem niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsstand nicht zu rechtfertigen und können deshalb auch keine Basis für internationale Handelsbeziehungen sein.

Langfristiges Ziel der Zusammenarbeit in der WTO muß es sein, ein internationales Regelwerk zu schaffen, das für Liberalisierung gleichberechtigte Wettbewerbsbedingungen gewährleistet und einen fairen Rahmen für die internationale Arbeitsteilung setzt. Ich glaube, daß es nur auf diesem Wege der Verständigung der großen Wirtschaftszusammenschlüsse möglich sein wird, einen Wettbewerb, der letztendlich

auch denen nicht nützt, die im Augenblick Vorteile davon haben, in ein faires Mit-einander zu verwandeln. Meine Damen und Herren! Das europäische Modell, die Balance zwischen wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Stabilität, ist aus meiner Sicht keineswegs unhaltbar. Es gibt europäische Instrumente, die Krise zu bewältigen und gemeinsame Lösungen an die Stelle nationaler Alleingänge zu setzen, wenn wir es denn wollen und wenn wir dieses nicht nur zu einem europäischen Thema auf internationalen Konferenzen, sondern wenn wir es vor allem zum Gegenstand nationaler Politik machen.

Die Europäische Union ist in den vielen Facetten, die ich kurz anzureißen versucht habe, ein Schutzschild für ihre Mitgliedstaaten, indem sie unsere Sozial und Umweltstandards in internationalen Vereinbarungen zur Geltung bringt und absichert. Sie ist aber auch ein Wachstums- und Innovationsmotor, der es erlaubt, europäische Stärken zu bündeln und Solidarität zur Bekämpfung von Wettbewerbsproblemen zu mobilisieren.

Es geht nicht um Opfer für Europa – weder bei der Währungsunion für Deutschland noch bei der Bekämpfung von BSE in Großbritannien –, sondern um gemeinsame Interessen. Der Standort Deutschland kann nur durch verstärkte europäische Zusammenarbeit, nicht aber durch eine Renationalisierung der Wirtschaftspolitik gestärkt werden. Völkerverständigung und internationale Zusammenarbeit sind heute angesichts neuer Herausforderungen, angesichts zerfallender Bindungen und neuem Nationalismus wichtiger denn je.

Ich hoffe, daß die Mitglieder des Übersee-Clubs auch in Zukunft unsere Verbündeten sind, wenn es um die Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Union geht, nicht als Festung Europa, sondern – wie die Hansestadt Hamburg – als Tor zur Welt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

